

Bisher von der WN nicht veröffentlichter Leserbrief zu:
„Die Grünen im Faktencheck der Wirtschaft“

Gerade für jemanden, der seit Jahren Grüne Politik mitgestaltet, ist die Seite Hintergrund vom 2.6. eine wahre Freude. Zeigt diese Seite doch in aller Deutlichkeit, dass die Auseinandersetzung mit grünen Positionen durch Nichtbeachtung auch für die WN keine Option mehr ist.

Allerdings vertritt die WN in ihrem „Fakten Check“ einige Positionen, die des Widerspruchs bedürfen. Dass z.B. der Präsident des neoliberalen Verbandes der Familienunternehmen, mit kreativen Wortschöpfungen wie „neo – absolutistisch“, gegen die Grünen „ätzt“, das hätte für sich genommen durchaus etwas Komisches. In Verbindung mit dem zweiten „Kronzeugen“, dem Präsidenten des Verbandes der Großkonzerne, BDI, zeigt sich das wahre Problem der im Artikel vertretenen Argumentation: Handwerksbetriebe, Landwirtschaftliche Unternehmen, Gewerbetreibende und Betriebe des Einzelhandels kommen im WN Artikel nämlich gar nicht vor.

Diese „kleinen Unternehmen“, das sind alle Unternehmen mit weniger als 2 Mio. EUR Jahresumsatz oder weniger als 50 Beschäftigten, stehen aber im Mittelpunkt grüner Wirtschaftspolitik. Bekämen wir Grünen dafür Beifall von der Großindustrie, hätten wir sicherlich etwas falsch gemacht.

Auch die Behauptung, die Grünen wollten eine Was-auch-immer-Wende mit Verve herbeiführen, sei mit Ihrem Hang zum Humoristischen entschuldigt. Dass auch in diesem Artikel unser Bemühen um eine faire Konkurrenzsituation der Verkehrsträger Schienen-, Straßen-, Wasser- und Luftverkehr mit der Flugverbotslüge schlecht gemacht werden soll, zeigt deutlich die Verhaftung im alten Denken.

Ein tiefenentspanntes Verhältnis zur Wahrheit zeigt sich auch in der Behauptung, die Grünen forderten eine Erhöhung des Benzinpreises. Die Wahrheit ist: Die Grünen fordern eine Senkung des Strompreises für alle Haushalte und für „kleine Unternehmen“. Zur Gegenfinanzierung werden die Grünen einen CO₂ Preis einführen.

Wenn nun die Mineralölindustrie unter Missachtung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs, unter Missachtung des Urteils des BVG und unter Verhöhnung jeder wissenschaftlichen Vernunft damit droht, diese CO₂ Steuer 1:1 an die Verbraucher weiterzureichen statt in Klimaschutz zu investieren, sollte mensch daraus nicht schließen, die Grünen wollten den Benzinpreis erhöhen.

Willi Kortmann
Sprecher des Kreisverbandes